SPD

Newsletter 21.10.2020

Stadt. Land. Bach.

Für den Landkreis München in Berlin.

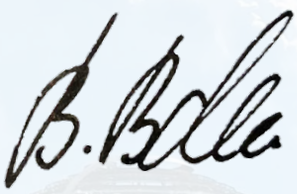
Bela Bach MdB

Liebe Leserin, lieber Leser,

in diesem Newsletter habe ich die spannendsten Themen der vergangenen Sitzungswoche in Berlin sowie Berichte über Termine im Wahlkreis zusammengefasst, die für euch von Interesse sein könnten. Einige von euch haben mich auch auf die geplanten Berlin-Fahrten angesprochen: leider mussten alle Fahrten dieses Jahr abgesagt werden, weil Corona uns alle immer noch fest im Griff hat. Nichtsdestotrotz habe ich das Online-Angebot erweitert und werde im November und Dezember jeweils eine digitale Veranstaltung zum Thema Grundrente und USA mit hochkarätigen Gästen anbieten. Weitere Infos zu den Veranstaltungen folgen in Kürze.

Bis dahin wünsche ich eine gute Lektüre!

Freundschaft!



LINK

Meine Rede zum CSU-Mautdebakel in der Aktuellen Stunde

Politische Konsequenzen aus dem Auftritt des Bundesministers Scheuer im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur gescheiterten PKW-Maut

> **Gedächtnislücken sind nicht das Problem!**

Zur Maut-Affäre ist schon viel gesagt worden. **In meiner Rede am 8. Oktober im Rahmen der Aktuellen Stunde im Plenum des Deutschen Bundestages habe ich noch einmal zusammengefasst, weshalb die gesamte Idee der so genannten "Ausländer-Maut" im Desaster enden musste.** Die Maut steht symbolisch für das kollektive Versagen der CSU-Führung. Der peinliche Versuch die Maut auf euphemistische Weise in eine "Infrastrukturabgabe" umzutaufen, ist gescheitert.

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

Aus meiner Sicht gibt es zwei Hauptverantwortliche:
Alexander Dobrindt (ehemaliger CSU-Generalsekretär) sowie **Horst Seehofer** (ehemaliger CSU-Parteivorsitzender).
Seehofer hatte 2013 erklärt, dass die Deutschen in den meisten europäischen Ländern zahlen müssen und dass man deshalb aus "Gerechtigkeitsgründen" eine Maut benötige.
De facto war dieses Projekt gegen Österreich gerichtet. Österreich hatte seit geraumer Zeit eine europakonforme Maut eingeführt. Mit ausgleichender Gerechtigkeit hat die Maut jedoch nichts zu tun, wenn Inländer*innen hintenherum über die KfZ-Steuer wieder entlastet werden, EU-Ausländer, die in ihren Heimatstaaten über systemisch andere Finanzierungs-systeme verfügen, aber nicht. Ein klarer Fall der mittelbaren Diskriminierung. Das hat nicht zuletzt der EuGH in seinem Urteil letztes Jahr - sehr folgenreich - klar gestellt.

Man hätte es besser wissen müssen. Der ehemalige CSU-Verkehrsminister Peter Ramsauer (bis Dezember 2013) hatte bereits zu Beginn vor der „Ausländer-Maut“ gewarnt und nach Gesprächen mit dem EU-Verkehrskommissar klargestellt, dass es keine Verbindung zwischen der Erhebung einer Pkw-Maut und einer Absenkung der Kfz-Steuer für Fahrzeughalter in Deutschland geben darf. Dies sei europarechtswidrig. Exakt in diesem Sinne hat final der EuGH dann auch geurteilt.
Es liegt hier de facto eine Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit vor.

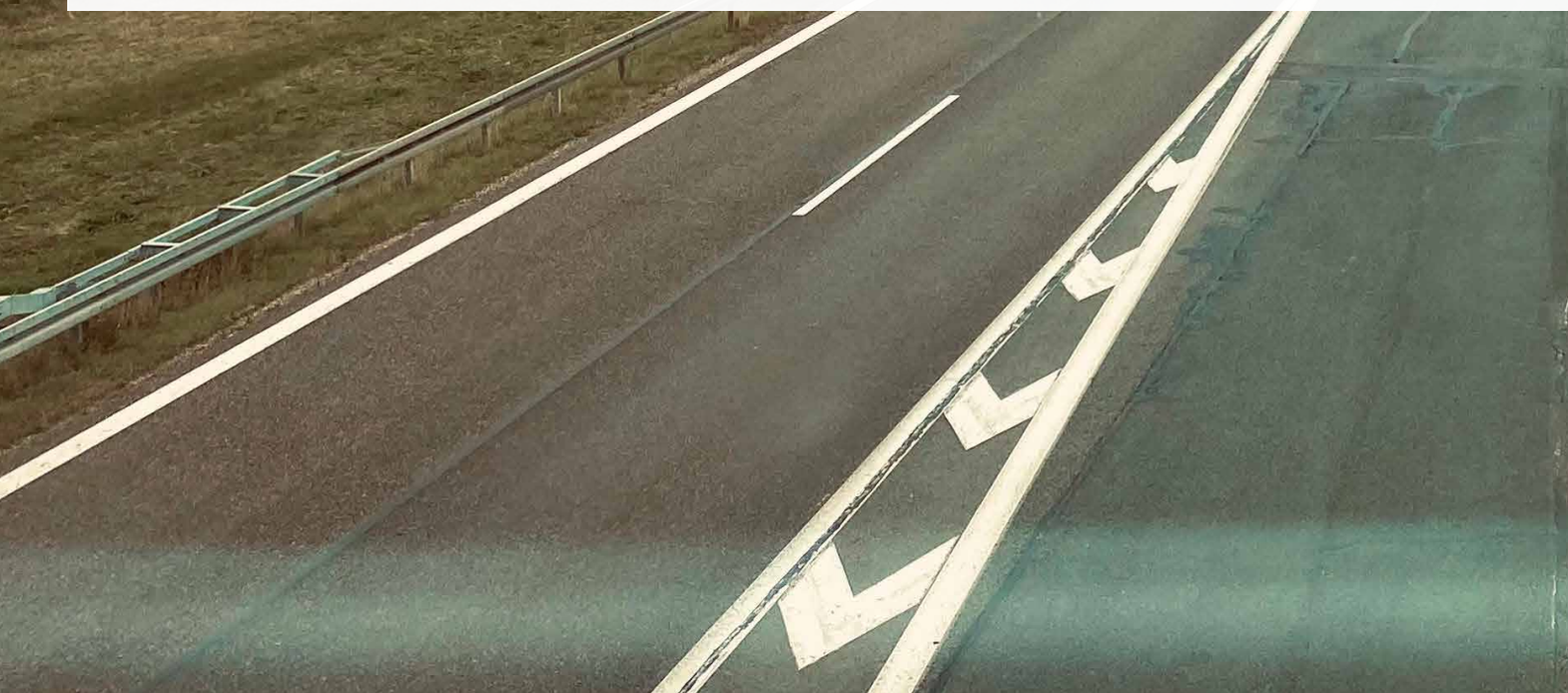
Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Der darauffolgende Verkehrsminister Alexander Dobrindt wollte die technische Umsetzung der Maut bis 2015. Gleichzeitig wurde im Koalitionsvertrag festgehalten, dass durch die Maut kein Fahrzeughalter in Deutschland stärker belastet wird als heute. Auf diese Weise wurde eine rechtliche Unmöglichkeit auch noch festgeschrieben.

Die Umsetzung rechtlicher Unmöglichkeiten und den Bruch von Wahlversprechen hat sich die CSU selber eingebrockt.

Was aber überhaupt nicht geht, ist die Hypothek, die die CSU dem Steuerzahler hinterlässt: Es drohen Schadensersatzforderungen in Höhe von 560 Mio. Euro, weil die CSU unter Horst Seehofer und Alexander Dobrindt die absolute Mehrheit bei einer bayerischen Landtagswahl zurückgewinnen musste. Ich habe moniert, dass die CSU in diesem Punkt den europäischen Gedanken nicht nur verkauft, sondern auch das gesamte Land seit 2013 in Geiselhaft genommen hat. **Die CSU steht nun vor einem Scherbenhaufen, der seit 2013, also seit 7 Jahren, vorprogrammiert war und den sie selbst und im Kollektiv zu verantworten hat.**



Besuch beim Flughafen München

Am Boden der Tatsachen.

Im Gespräch mit Roland Beck
und Jost Lammers.

Der Tourismus- und Verkehrssektor wurde von der Corona-Pandemie besonders hart getroffen. Als ich mich am 14. Oktober mit dem Chef des Münchener Flughafens, Jost Lammers, getroffen habe, konnte ich mir ein Bild der Lage machen.

Zwischenzeitlich brachen dem Flughafen 99 Prozent der Fluggäste weg. Die Lage wird dadurch erschwert, dass praktisch jedes Land unterschiedliche Reisebestimmungen erlassen hat – auch unsere Bundesländer sind sich nicht einig.

Wir haben auch über die Verantwortung der Luftfahrbranche gesprochen, die Bestrebungen hin zum klimafreundlichen Fliegen zu verstärken. Dazu gehört auch, dass besonders Inlands- und andere Kurzstreckenflüge zum und vom Flughafen München möglichst durch den CO2-ärmeren Schienenverkehr ersetzt werden müssen.

Fortsetzung von Seite 5

Besuch beim Flughafen München

Am Boden der Tatsachen.

Worum es jetzt konkret geht:

Reisebestimmungen im In- und Ausland müssen auf den Prüfstand. Ein Fortschritt ist, dass nicht mehr ganze Länder zu Risikogebieten erklärt werden, sondern dass nach Regionen differenziert wird.

Rahmenbedingungen für grünes Fliegen müssen auf den Weg gebracht werden, zum Beispiel mit besseren Förderungen von alternativen Kraftstoffen (ja, das gibt´s auch für Flugzeuge!)

Das Vermeiden von Kurzstreckenflügen und den Ausbau der Schiene in der Umgebung.

Von der Zahnprothese zum Formel-1-Gaspedal

Mein Besuch bei EOS in Krailling

Wie die Industrie der Zukunft aussieht, hat mir Marie Langer, CEO von EOS in Krailling, gezeigt. EOS ist der weltweit führende Technologieanbieter im industriellen 3D-Druck.

Bela Bach im Gespräch mit Marie Langer.

Der industrielle 3-D-Druck ermöglicht es, innerhalb weniger Stunden beliebig komplexe Werkstücke aus Kunststoffen und sogar Metallen individuell zu fertigen. Das wird die Industrie weltweit nachhaltig verändern. **Marie Langer und ich waren uns einig: Dass diese Technologie in der Breite eingesetzt wird, das ist nur eine Frage der Zeit.** Deshalb ist es für uns als Politik wichtig, dafür zu sorgen, dass wir der Industrie der Zukunft mit gezielter und unkomplizierter Förderung die richtigen Werkzeuge in die Hand geben. Dazu gehört auch, an die kleinen und mittelständischen Unternehmen zu denken, die bei großen Investitionen Unterstützung benötigen, um nicht abgehängt zu werden.

Wichtig ist aber auch, dass wir Verantwortung übernehmen, wenn es um den Wandel der Arbeitswelt geht. Wir müssen als Sozialdemokratie mit einer Bildungsoffensive die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle vom Wandel profitieren und niemand abgehängt wird!

SPD

Bericht aus Berlin

Einsatz für mehr Mieterschutz

Der CO2-Preis kommt ab Januar 2021

Mehr Transparenz für Bundestagsabgeordnete

Kampf gegen internationalen Steuerbetrug

Einsatz für mehr Mieterschutz

Der Bundesinnenminister hat zwei für die SPD-Fraktion zentrale Vorhaben aus der Novelle des Baugesetzes entfernt, die Mieter schützen sollen. Die SPD-Abgeordneten halten das für inakzeptabel.

Die zwischen den Koalitionspartnern vereinbarte Novelle des Baugesetzbuchs stand auf der Zielgeraden, um zeitnah im Kabinett verabschiedet zu werden. Doch Horst Seehofer hatte am Dienstag einen neuen Entwurf an die anderen Ministerien versandt, in welchem eine in einer früheren Version enthaltene Passage gestrichen worden war. Zwei wichtige SPD-Vorhaben – Baugebote und Umwandlungsverbote – wurden entgegen mehrfacher Vereinbarungen entfernt.

Entsprechend groß ist die Empörung in der SPD-Fraktion: Es ist vollkommen inakzeptabel, dass Bauminister Seehofer vor dem Druck der Immobilienlobby und deren Vertretern in der Unionsfraktion eingeknickt ist. Die lang erwartete Novelle des Baugesetzbuches duldet keinen Aufschub mehr, denn die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ist in angespannten Wohnungsmärkten zum Geschäftsmodell geworden. Sie hat oft zur Folge, dass Mieter aus ihren Wohnungen verdrängt werden.

Anwältin der Mieter*Innen ist und bleibt die SPD-Fraktion. Gemeinwohl und Stadtentwicklung stehen stets vor Rendite und Spekulation. Die SPD-Fraktion verlangt von der Union, den gemeinsamen Koalitionsbeschluss umzusetzen. Ohne ein Umwandlungsverbot und ein Baugebot wird es mit der SPD-Fraktion im Bundestag keine Novelle des Baugesetzbuches geben.

SPD

Der CO2-Preis kommt

Ab Januar 2021 werden fossile Brennstoffemissionen für Verkehr und Wärme mit einem CO2-Preis belegt. Im Gegenzug sinkt die sogenannte EEG-Umlage.

Die SPD-Bundestagsfraktion bekennt sich ausdrücklich zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens und hat 2019 das Klimaschutzgesetz und das Klimaschutzprogramm 2030 auf den Weg gebracht. Dieses enthält umfangreiche Maßnahmen, die den CO2-Verbrauch senken und klimafreundliches Verhalten fördern sollen. Ein wesentlicher Baustein des Klimaschutzprogramms ist die CO2-Bepreisung für Verkehr und Wärme ab 2021. Damit werden in Deutschland sämtliche fossile Brennstoffemissionen mit einem CO2-Preis belegt.

Mit dem „Ersten Gesetz zur Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes“ hat der Bundestag nun die vereinbarten Regelungen am Donnerstag beschlossen. Demnach wird die Tonne CO2 schrittweise teurer und bis 2025 mehr als das Fünffache kosten. Ab 2027 erfolgt eine freie Preisbildung, analog zum EU-Emissionshandel.

Die CO2-Bepreisung ist an eine schrittweise Reduzierung der EEG-Umlage aus den Einnahmen der CO2-Bepreisung geknüpft. Davon profitieren auch die Unternehmen. Außerdem wird ab dem 1. Januar 2024 die zusätzliche Entfernungspauschale für Fernpendler angehoben.

Das Gesetz zum Download

LINK

SPD

Mehr Transparenz für Bundestagsabgeordnete

Auf Empfehlung der Staatengruppe gegen Korruption des Europarates werden neue Ordnungsgelder bei Verstößen gegen die Transparenzregeln eingeführt.

Mit dem von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Gesetzentwurf, der am Mittwoch beschlossen wurde, werden die Transparenzregeln für Bundestagsabgeordnete reformiert.

Bisher können lediglich Verstöße gegen die Anzeigepflicht von anzeigepflichtigen Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften mit einem Ordnungsgeld sanktioniert werden. Für Verstöße gegen die Anzeigepflicht von anzeigepflichtigen Spenden oder gegen das Annahmeverbot von unzulässigen Zuwendungen oder Vermögenvorteilen waren Ordnungsgelder bisher nicht vorgesehen. Diese Regelungslücke wird jetzt geschlossen.

Ordnungsgelder dürfen künftig auch dann verhängt werden, wenn Mitarbeiter*innen von Abgeordneten unzulässig beschäftigt sind, etwa im Falle des rechtswidrigen Mitarbeitereinsatzes im Wahlkampf – eine Maßnahme, die auf einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 19. September 2017 zurückgeht.

Eine weitere Änderung betrifft die Lebensläufe von Abgeordneten: Bei beruflichen oder geschäftlichen Angelegenheiten darf eine Mitgliedschaft im Bundestag nicht angegeben werden. Um jedoch größere Lücken in den Lebensläufen der Abgeordneten zu vermeiden, soll künftig nur der missbräuchliche Hinweis unzulässig sein.

Das Gesetz zum Download

LINK

SPD

Kampf gegen internationalen Steuerbetrug

Multinationale Unternehmen profitieren von Doppelbesteuerungsabkommen, weil sie so nur in einem Land ihre Steuerlast begleichen. Manche nutzen Lücken in den Abkommen jedoch für Betrug aus.
Von einer wirtschaftlich globalisierten Welt profitieren nicht zuletzt multinationale Unternehmen, indem sie ihre Produktionsstätten ins Ausland verlagern und ihre Produkte weltweit verkaufen können. Jedes Unternehmen muss dafür seinen fairen Steueranteil zahlen – entweder dort, wo es ansässig ist; oder dort, wo es wirtschaftlich aktiv ist.

Damit die Besteuerungsrechte der betreffenden Staaten eindeutig ausgestaltet sind, weisen die nationalen Regierungen im Rahmen von so genannten Doppelbesteuerungsabkommen das Besteuerungsrecht einem der beteiligten Staaten zu, um eine Doppelbesteuerung – oder auch Nichtbesteuerung – von Unternehmen zu vermeiden.

Die aktuell bestehenden Regelungen der Doppelbesteuerungsabkommen werden jedoch auch für Gewinnkürzungen und -verlagerungen ausgenutzt, insb. von multinationalen Unternehmen. Diese haben Lücken in den bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen genutzt, um sich ihren steuerlichen Verpflichtungen zu entziehen. Diesem Missbrauch muss stärker begegnet werden.

Mit dem Gesetz, das in dieser Woche im Bundestag verabschiedet wurde, wird deshalb einen Mindeststandard zur Verhinderung von Abkommensmissbrauch angelegt. Gleichzeitig soll die Wirksamkeit der in Doppelbesteuerungsabkommen verankerten Streitbeilegungsmechanismen verbessert werden. In einem späteren Schritt werden die betreffenden Doppelbesteuerungsabkommen durch ein Anwendungsgesetz konkret geändert.

Das Gesetz zum Download

LINK

Bela Bach MdB

Für den Landkreis München in Berlin.

Kontakt:
bela.bach@bundestag.de

Mitglied im **Verkehrsausschuss**
und **Petitionsausschuss**
Stellvertretendes Mitglied der
Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Ordentliches Mitglied des **Ausschusses für Recht und Menschenrechte der Parlamentarischen Versammlung des Europarates**

Stellvertretendes Mitglied im
Umweltausschuss

Newsletter Design, Konzept und Layout und Fotografien ©2020 MdB Bela Bach. Foto S.2 ©2020 Deutscher Bundestag